



HESSISCHER LANDTAG

05. 08. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Heimische Sparkassen und Banken vor überzogener Regulierung schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich insbesondere gegenüber der Europäischen Union für eine stärkere Berücksichtigung der Strukturen der heimischen Kreditwirtschaft in der Bankenregulierung einzusetzen. Die hessischen Sparkassen und Banken sollen sich den Bedürfnissen ihrer Kunden widmen und nicht durch immer weiter ausufernde Regulierungsmaßnahmen gelähmt werden.
2. Der Landtag stellt fest, dass das bewährte Drei-Säulen-Modell der Kreditwirtschaft und die auf Prävention ausgerichteten Sicherungssysteme vor einer regulatorischen Benachteiligung geschützt werden müssen.
3. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich gegen eine Aushebelung der auf Prävention ausgerichteten Strukturen (CMDI-Review) einzusetzen sowie den Plänen einer EU-Einlagensicherung (EDIS) bzw. einem möglichen „Hybridmodell“ entschlossen entgegenzutreten.
4. Der Landtag stellt fest, dass gewährleistet sein muss, dass die EZB mit der Einführung des digitalen Euro die Refinanzierung der Geschäftsbanken nicht erschwert und mit diesen nicht in einen Wettbewerb um die Abwicklung von Kundenzahlungen eintreten darf. Überdies dürfen mit dem digitalen Euro der EZB das Bargeld, andere Formen von digitalem Geld und privat begebene Stablecoins weder abgeschafft noch in ihrer Nutzung eingeschränkt werden.

Begründung:

Die Besonderheiten des hessischen Bankensektors, insbesondere das Drei-Säulen-Modell mit Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Geschäftsbanken, stellen eine Herausforderung dar, wenn es um die Anpassung an EU-weite Regelwerke geht. Dieses Modell und die darauf abgestimmten Sicherungssysteme betonen die Prävention von Bankkrisen über Abwicklungslösungen, was in der EU-Regulierung oft nicht ausreichend berücksichtigt wird. Insbesondere kleine Regionalbanken in Hessen sehen sich bereits heute mit Vorschriften konfrontiert, die eher auf Großbanken zugeschnitten sind, was zu höheren Kosten und einer erschwerten Präsenz in ländlichen Gebieten führt.

Die aktuelle Entwicklung auf EU-Ebene, wie die Empfehlung zur Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme (EDIS), könnte die hessischen Kreditinstitute weiter belasten. Obwohl zunächst eine Rückversicherungslösung vorgesehen ist, bleibt das langfristige Ziel einer Vollversicherung bestehen. Dies würde die bestehenden deutschen Sicherungssysteme untergraben und möglicherweise zu höheren Risiken und einem Verlust an Finanzstabilität führen, insbesondere durch potenzielle „Moral Hazard“-Effekte.

Zusätzlich bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit der Reform des Krisenmanagement- und Einlagensicherungsrahmens (CMDI), da diese Reform auch die bewährten deutschen Sicherungssysteme gefährdet. Die vorgesehenen Abwicklungsvorschriften, die für internationale Großbanken entwickelt wurden, könnten unangemessen auf kleinere und mittlere hessische Banken angewendet werden, was Vertrauensverluste und Instabilität im Bankensystem zur Folge haben könnte.

Die gleichzeitig vorangetriebene Einführung eines digitalen Euro durch die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) stellt eine weitere Herausforderung dar, wobei der digitale Euro grundsätzlich als sinnvolle Ergänzung zum Bargeld zu sehen ist, der bei richtiger Ausgestaltung als digitales (Zentralbank-)Geld einen erheblichen Digitalisierungsschub mit massiven Effizienz- und Kostenvorteilen bringt. Es ist aber wichtig sicherzustellen, dass ein digitaler Euro nicht zu massiven Einlagenabflüssen bei den hessischen Geschäftsbanken führt, was deren Kreditvergabefähigkeit und Liquiditätslage beeinträchtigen könnte. Zudem sollte die EZB vermeiden, in einen unfairen Wettbewerb mit den Geschäftsbanken bei der Abwicklung von Kundenzahlungen zu treten, um ordnungspolitische Bedenken zu adressieren.

Insgesamt ist eine differenzierte Herangehensweise auf EU-Ebene erforderlich, die die Vielfalt und Stärken des hessischen Bankensektors berücksichtigt, um eine stabile und nachhaltige Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt zu gewährleisten.

Wiesbaden, 5. August 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas